



öffentlich

Betreff:
Räume für Deutschunterricht für Flüchtlinge

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 21.06.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

06.07.2016 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, zu prüfen, inwieweit Räume in der näheren Umgebung der Flüchtlingsunterkunft in der Zeppelinstraße 55 zu Unterrichtszwecken für die Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden können.

Dabei ist in Abstimmung mit der e.dis Energie Nord AG auch zu prüfen, inwieweit Räume des Gebäudes in der Zeppelinstraße 48 dafür genutzt werden können.

Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung am 14. September 2016 über das Ergebnis der Prüfung zu informieren.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In der Flüchtlingsunterkunft in der Zeppelinstraße 55 findet auf ehrenamtlicher Basis von Montag bis Freitag sowohl vor- als auch nachmittags Deutschunterricht für Flüchtlinge statt.

Der Unterrichtsraum in diesem ehemaligen Offizierswohnheim ist nur 16 m² groß und es gibt keinen weiteren Aufenthaltsraum. In allen Kursen übersteigt die Nachfrage bei weitem die räumlichen Kapazitäten, so dass trotz Wartelisten viele Geflüchtete dem Unterricht auf dem Boden sitzend oder stehend folgen müssen.

Mit der Gewinnung weiterer Räumlichkeiten für die Durchführung des Deutschunterrichts sollen die Bedingungen verbessert und die ehrenamtlich geleistete Arbeit für diese wichtige Aufgabe der Integration unterstützt werden.